

Deutschland und die Masken – eine teure Fehlkalkulation

Stand: 00:08 Uhr | Lesedauer: 6 Minuten

Von **Manuel Bewarder**, **Anette Dowideit**



Gesundheitsminister Spahn: Zwei Milliarden erworbene Masken haben den Apparat überfordert

Quelle: dpa

Zuerst fehlte Schutzmaterial an jeder Ecke – dann startete das Gesundheitsministerium eine Einkaufstour in großem Stil. Mittlerweile sind die Lager voll. Doch nur 600.000 von zwei Millionen Masken sind ausgeliefert. Und viele Händler noch nicht bezahlt.

Es ist Anfang Februar, als Deutschland eine Lieferung Schutzmaterial nach China schickt, um in der Coronavirus-Krise (</wirtschaft/article209458269/Konjunkturpaket-Wumms-oder-Bumms-hier-zeigt-sich-wer-in-der-Krise-das-Sagen-hat.html>) zu helfen. Eine Sondermaschine fliegt 5,4 Tonnen nach Wuhan, darunter Atemschutzmasken und Desinfektionsmittel – sogar auf die eigene Notreserven wird zurückgegriffen. Erste Warnungen vor Engpässen in Deutschland verhallen derweil.

Mitte Februar, als sich das Virus immer schneller über den Erdball ausbreitet, ahnt man in der Bundesregierung: Es kann gut sein, dass solches Material in Deutschland selbst knapp werden könnte. Das Bundesgesundheitsministerium will es genau wissen. Am 19. Februar befragt es 400 Krankenhäuser aus zehn Bundesländern. 70 Prozent von ihnen bestätigen den Verdacht: Sie erwarten Lieferschwierigkeiten – sie werden Hilfe benötigen.

Trotzdem lässt eine entschlossene Antwort auf sich warten. Erst am 28. Februar, neun Tage später, beschließt der gemeinsame Krisenstab aus Gesundheits- und Innenministerium, fortan Schutzkleidung und Desinfektionsmittel zentral zu beschaffen. Dann dauert es noch einmal fünf Tage, bis der Krisenstab eine „vergaberechtlich notwendige Dringlichkeit“ der Beschaffung beschließt und damit den Weg für einen schnellen Einkauf freimacht.

Dass man wertvolle Zeit verstreichen ließ, geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der FDP-Bundestagsfraktion hervor, die WELT vorliegt. Sie zeigt zudem, dass die Lager mittlerweile voll sind – und dadurch ganz andere Probleme entstehen: Die Qualitätsprüfung dauert lang. Die Auslieferung kommt daher nur schleppend voran. Und manch Händler wartet auf sein Geld.

Schon 2012 hatte die Regierung eine Risikoanalyse für ein Szenario in Auftrag gegeben, die sich im Nachhinein wie eine Blaupause der Corona-Krise liest. Ohne Gegenmaßnahmen, heißt es, könnten in einer ersten Welle bis zu 19 Millionen Menschen an einem Virus erkranken. Um dieses Maximalszenario zu verhindern, müsse unter anderem deutlich mehr Geld ausgegeben werden. Zum Beispiel für Schutzmaterial.

Die Antwort auf die Kleine Anfrage zeigt, dass dies nur in geringem Umfang geschah. Demnach hielten die Bundesministerien zum Stichtag 31. Dezember 2019 lediglich

rund 150.000 Masken mit dem FFP-Qualitätsstandard und 1,9 Millionen einfache OP-Masken bereit. Zwar nutzte die Bundesregierung diese Vorräte, um den Anfangsbedarf in der Krise zu decken.

Doch angesichts des von der Regierung mittlerweile geschätzten jährlichen Bedarfs – fünf Milliarden Masken allein im Gesundheitssektor – reichen die Vorräte im Pandemie-Fall in keiner Weise. „Die Antworten offenbaren ein Desaster bei der Versorgung mit Schutzausrüstungen“, kritisiert FDP-Gesundheitsexperte Wieland Schinnenburg. „Es waren gerade mal 0,04 Prozent des Jahresbedarfs an Masken vorrätig.“

Bei der anschließenden Beschaffung von Schutzmaterial fehlte dann eine klare Strategie. Anfang März startete der Einkauf von Masken, Handschuhen, Desinfektionsmitteln. Zunächst beauftragte der Krisenstab der Regierung das Beschaffungsamt der Bundeswehr, das wenige Zeit später wiederum Unterstützung von den Beschaffungseinheiten des Zolls und des Innenministeriums bekam. Lieferanten berichteten jedoch von fehlenden Abstimmungen: Lieferkonditionen, die man bereits mit den Verantwortlichen im Beschaffungsamt der Bundeswehr ausgehandelt hatte, seien nicht ans Beschaffungsamt des Zolls weitergegeben worden, als die Zuständigkeit für den Einkauf von Masken dorthin wechselte.

Als der Druck, Schutzmaterial bereitzustellen, immer größer wurde, startete das Gesundheitsministerium ein weiteres Einkaufsverfahren, das sogenannte Open-House-Verfahren (</politik/deutschland/article206868661/Fehlende-Ausruestung-Bundesregierung-will-Schutzmasken-im-Schnellverfahren-kaufen.html>). Man wollte schnell und flexibel an große Mengen kommen. Man kürzte die Beschaffung ab, vermied eine europaweites Vergabeverfahren, das viel Zeit gekostet hätte.

Das Ministerium versprach, mit jedem ins Geschäft zu kommen

(<https://ted.europa.eu/udl?uri=TED:NOTICE:147548->

2020:TEXT:DE:HTML&src=0&tabId=0), der bis Ende April eine Mindestzahl von 25.000 Stück garantierte. Der versprochene Preis pro FFP2-Maske: stolze 4,50 Euro und 60 Cent für eine OP-Maske. Lieferanten berichten, sie hätten zuvor angeboten, die Ware deutlich günstiger zu liefern – durch das Open-House-Verfahren hätten sie nun deutlich mehr Gewinn erzielt als zunächst erwartet. Im April dann startete ein drittes Einkaufsverfahren, bei dem das Logistikunternehmen Fiege die Verträge mit den Lieferanten schloss.

Unter anderem das Open-House-Verfahren sorgte für umfassenden Nachschub. Ganze 738 Vertragspartner sind auf das Angebot der Bundesregierung eingegangen. Mittlerweile hat das mit der Beschaffung federführend beauftragte Gesundheitsministerium nach eigenen Angaben 500 Millionen FFP-Masken und 1,5 Milliarden OP-Masken gekauft, wie aus der Antwort auf die Kleine Anfrage hervorgeht. Es gab dafür insgesamt rund sechs Milliarden Euro aus. Die Zahlen sind beeindruckend – und haben den Apparat überfordert.

Eigentlich sollte im Zuge des Open-House-Verfahrens innerhalb weniger Tage gezahlt werden – doch das Ministerium kam mit der Qualitätsprüfung nicht hinterher. Zahlreiche Händler sitzen auf offenen Rechnungen. 600 Millionen Euro stehen noch aus, wie der „Spiegel

([https://www.spiegel.de/politik/deutschland/corona-krise-jens-spahn-](https://www.spiegel.de/politik/deutschland/corona-krise-jens-spahn-schuldet-maskenproduzenten-fast-600-millionen-euro-a-00000000-0002-0001-0000-000171527046)

schuldet-maskenproduzenten-fast-600-millionen-euro-a-00000000-0002-0001-

0000-000171527046)“ berichtet. Manch Händler fürchtet um seine Existenz, wie

gerade auch der „Tagesspiegel ([https://www.tagesspiegel.de/politik/chaos-](https://www.tagesspiegel.de/politik/chaos-beim-mundschutz-hunderttausende-von-jens-spahn-bestellte-masken-verstauben-im-lager/25910100.html)

beim-mundschutz-hunderttausende-von-jens-spahn-bestellte-masken-

verstauben-im-lager/25910100.html)“ berichtete.

Der Fachanwalt für Vergaberecht, Thomas Möisinger, vertritt mehrere Betroffene. Er schätzt, dass insgesamt eine niedrige dreistellige Zahl von Händlern auf Geld vom

Ministerium warte. Das Ministerium bietet mittlerweile an, bis zur Qualitätsprüfung der Ware die Hälfte der Summe als Abschlag zu zahlen. Möisinger sagt, dass das Gesundheitsministerium offensichtlich unterschätzt habe, wie viele Händler sich tatsächlich meldeten. Eine teure Fehlkalkulation.

„Es gab keine Obergrenze für Liefermengen – und jetzt muss das Ministerium damit umgehen, dass deutlich mehr als erwartet angekommen ist.“ Der Anwalt schildert, dass aus seiner Sicht außergewöhnlich viele gelieferte Produkte – bis zu 50 Prozent – für ihre Qualität kritisiert und dann nicht abgenommen würden. In solch einem Fall bleibt der Händler auf der Ware sitzen. „Ich schließe aus, dass so viele Masken mangelhaft sind, wie aktuell deklariert werden“, sagt Möisinger.

Die Regierung aber hat tatsächlich oft etwas auszusetzen. Offiziell ist von insgesamt 20 Prozent die Rede, bei denen man „Normabweichungen“ feststelle. Damit seien vor allem Qualitätsmängel und fehlerhafte Mengen gemeint. In einigen Fällen seien die Kartons schlichtweg leer gewesen. Im Open-House-Verfahren habe man es mit 25 Prozent Normabweichungen zu tun, heißt es aus dem Ministerium. Von den 738 Anbietern – die selten über Erfahrung mit Schutzmaterial verfügten – hätte die Hälfte nicht liefern können, bei einem Sechstel sei die Qualität grundsätzlich sehr schlecht gewesen.

Der Stau bei der Prüfung führt zu Verzögerungen bei der Verteilung, zum Beispiel an Arztpraxen. Laut Bundesregierung seien zum Stichtag 22. Mai von den beschafften 500 Millionen FFP-Masken erst rund 75 Millionen an Bundesländer sowie Kassenärztliche und Kassenzahnärztliche Vereinigungen ausgeliefert worden. Noch schlechter sieht das Verhältnis demnach bei den OP-Masken aus: Von 1,5 Milliarden eingekauften Masken hatten zum Stichtag erst knapp 177 Millionen Stück und damit nur gut jede zehnte die Empfänger erreicht. Mittlerweile soll laut Gesundheitsministerium von den zwei Milliarden Masken mit 600 Millionen etwa ein Viertel ausgeliefert sein. Die Regierung erklärt die Verzögerung mit dem „sehr zeitintensiven, aber zwingend erforderlichen Qualitätssicherungsprozess“.

3,5 Milliarden Masken „Made in Germany“

Um künftig in einer solchen Krise schneller reagieren zu können, will Deutschland die Abhängigkeit vom Weltmarktführer China verringern. In den vergangenen Monaten kamen deutsche Hersteller laut Bundesregierung kaum zum Zug, weil sie entweder die Qualitätsanforderungen nicht hätten erfüllen können oder weil die angebotenen Mengen deutlich zu klein gewesen seien.

Derzeit arbeitet ein Stab unter Federführung des Wirtschaftsministeriums daran, Produktionskapazitäten in Deutschland zu fördern. Das Wirtschaftsministerium konkretisierte auf WELT-Anfrage, dass zunächst die Herstellung von Vliesstoffen gefördert werde – dieser wird als Grundstoff für Masken genutzt. Anfang Juni sei die erste Förderung bewilligt worden: Die Firma Innovatec im nordrhein-westfälischen Troisdorf soll den Grundstoff für 1,5 Milliarden Masken herstellen. Insgesamt sollen in Deutschland dann bis Ende 2021 etwa 3,5 Milliarden FFP2- und OP-Masken hergestellt werden.



© Axel Springer SE. Alle Rechte vorbehalten.

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen: <http://epaper.welt.de>

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <https://www.welt.de/209481299>